

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 271 (1998)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik

(vom 16. Mai 1996 bis 15. Mai 1997)

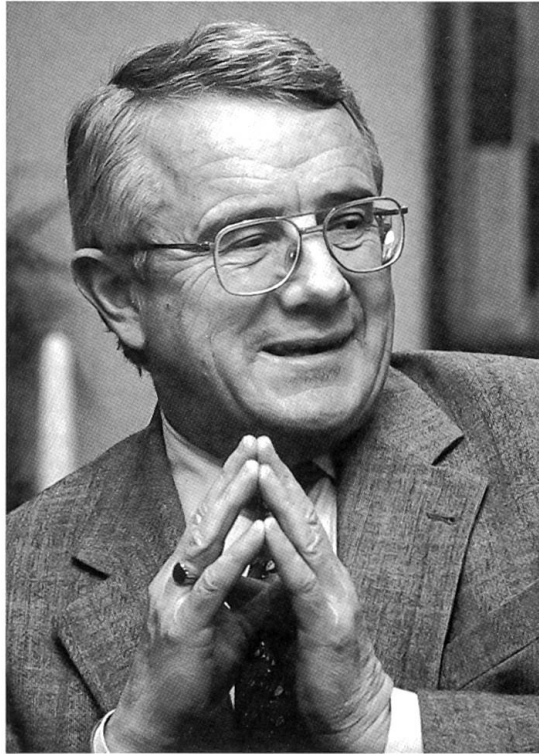
Im Blick auf die Ereignisse auf der Weltbühne ist augenfällig, dass sich in immer mehr Ländern eine demokratische Willensbildung als ausschliessliche formelle Legitimation der Machtausübung im Staat manifestiert. Dies ist nicht nur eine Folge der Beseitigung des Totalitarismus im durch die grossen westlichen Demokratien befreiten Teil des europäischen Kontinents im Zweiten Weltkrieg. Der Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung schreitet auch überall dort voran, wo mit dem unerwartet plötzlichen Kollaps der Sowjetunion die kommunistische Alleinherrschaft erledigt worden ist. Zwar sind in Mittel- und Osteuropa die von der Bevölkerung gehegten Erwartungen einer mit der Lösung der Fesseln der Diktatur gleichzeitig einhergehenden, spürbaren materiellen Besserstellung noch nicht in Erfüllung gegangen, sondern diese bedarf der Zeit und entsprechender Anstrengungen. Aber bemerkenswerterweise zeigen die Ergebnisse allgemeiner, freier Wahlen dann doch nur vereinzelt und vorübergehend einen gegenläufigen Pendelausschlag der Wählergunst zugunsten der vormaligen Machtelite und ihres marxistischen Zwangssystems. Die Strukturen einer zentral geleiteten,

staatlichen Planwirtschaft scheinen ein für allemal desavouiert zu sein.

Wo plebiszitäre Rückschläge zugunsten der Alt-Kommunisten und der unter einer neuen Etikette auftretenden Nachfolgeparteien über-

haupt festzustellen gewesen sind, handelte es sich mehr um ein Symptom der Unzufriedenheit mit persönlichen Einbussen an vormaligen Privilegien als um den Ausdruck tief verwurzelter ideologischer Überzeugungen. Wo immer Reformen hin auf die Marktwirtschaft und die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte verhindert oder verzögert worden sind, war eine intensivere Verschlechterung der Lebensbedingungen die Folge, was einem negativen Anschauungsunterricht gleichkam. Fast überall, wo in Wahlresultaten Anzeichen einer Renaissance marxistischer Rezepte sichtbar ge-

worden waren, haben spätere Wahlen eine ganz andere Haltung der Mehrheit zum Vorschein gebracht. Das war sehr deutlich in Rumänien, in Bulgarien und in Litauen der Fall, wo die überlebenden Seilschaften der Kommunisten alter Observanz unsanft ausgebootet worden sind. In einigen dieser aus der politischen Apathie und Resignation erwachten Ländern der vormals sowjetischen Macht-



Arnold Koller
Bundespräsident für das Jahr 1997
(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

sphäre – so etwa in *Tschechien* – haben sozialdemokratische Parteien typisch westlicher Prägung vermehrt Zulauf erhalten. Dadurch hat sich dort wieder eine fruchtbare Dialektik zwischen einem rechten und einem linken Pol etabliert; aber es kündigt sich da keineswegs ein Rückfall in den Totalitarismus eines kommunistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems an. Und das Wichtigste: die Institutionen einer funktionierenden Demokratie gelten als so gut wie unantastbar.

* * *

In *Russland* allerdings ist bisher dieser eklatante Sinneswandel noch ausgeblieben. Das bringen die Sitze der Kommunisten im gewählten Parlament, aber auch die Präsidentschaftswahlen von 1996 unmissverständlich zum Ausdruck. Bei diesen letzteren bewarben sich nicht weniger als zehn Kandidaten um die Volksgunst. Im ersten Wahlgang am 16. Juni erreichte bei einer Stimmbeteiligung von nahezu 70% der bisherige Präsident Boris Jelzin 35,3% der Stimmen, während sein Hauptrivale, der Führer der Kommunistischen Partei Russlands, Gennadi Sjunganow, 32% der Stimmen auf sich vereinigte. Der ehemalige General Lebed kam auf 14,5%, der Reformier Jawlinski auf 7,3% und der rechtsextreme Exzentriker Schirinowski auf 5,8%. Die anderen Kandidaten, unter ihnen auch Gorbatschow, blieben weit abgeschlagen je bei weniger als 1% der Wählerstimmen hängen. In der am 3. Juli nachfolgenden Stichwahl siegte Jelzin mit 53,7% der Stimmen gegenüber 40,4%, die auf Sjunganow entfielen. Jelzin hatte geschickt mit General Lebed paktiert, den er vorgängig noch zu seinem neuen Sicherheitsberater ernannt hatte; die Parteigänger Lebeds liessen sich bewegen, ihre Wählerstimme grossenteils Jelzin zu geben. Die Präsidentschaftswahlen scheinen im übrigen im grossen und ganzen frei und fair verlaufen zu sein, was dem Demokratieverständnis der Bevölkerung ein gutes Zeugnis ausstellt.

Bald nach der Wahl stellte sich heraus, dass die schon vorher fragwürdige Gesundheit von Jelzin zu grössten Bedenken Anlass gab. Die-

ser sah sich in der Folge gezwungen, seine Tätigkeit stark einzuschränken und sich sogar in Spitalpflege zu begeben. Immerhin nahm Jelzin sofort einige Umbesetzungen in der Regierung vor. So wurde u. a. der einflussreiche Verteidigungsminister General Gratschow, der für die militärische Intervention in Tschetschenien verantwortlich und ein Gegenspieler von Lebed war, kurzerhand entlassen. Zum neuen Leiter des wichtigen Präsidialamtes ernannte Jelzin Anatoli Tschubai, der später zum ersten stellvertretenden Ministerpräsidenten an der Seite des beibehaltenen Ministerpräsidenten Tschernomyrdin und zum Finanzminister avancieren sollte. Nicht weniger als acht Vizepremier wurden abgehalftert; aber neben Tschubai berief Jelzin einen zweiten neuen Vizeministerpräsidenten in der Person von Boris Nemzow, der als Reformier und Wirtschaftsexperte gilt. Innenminister Kulikow durfte seinen Posten behalten, ebenso Jewgeni Primakow (Aussenminister) und zunächst Igor Rodionow (Verteidigung). Die Umbesetzungen lassen erkennen, dass Jelzin in seiner zweiten Amtszeit gewillt ist, die marktwirtschaftlichen Reformen, mit denen es vorher geharzt hatte, zielstrebig an die Hand zu nehmen. Deutlich geworden ist auch seine Absicht, dem Krebsübel von Korruption und Kriminalität entgegenzutreten. Pikanterweise sind die hohen Erwartungen Lebeds in bezug auf Prominenz in der neuen Regierungsequipe bald enttäuscht worden: Er wurde trotz seiner unbestreitbaren Verdienste um Jelzins Wahlerfolg und um die Herbeiführung des Waffenstillstands in Tschetschenien aller seiner wichtigen Funktionen wieder enthoben.

Eine unvermeidlich gewordene, schwere Herzoperation Jelzins wurde monatelang hinausgeschoben, dann aber schliesslich am 5. November doch vorgenommen. Der Eingriff verlief erfolgreich. Jelzin übernahm schon während der Rekonvaleszenz, obschon sichtlich geschwächt, nach und nach wieder alle seine Amtsgeschäfte, ja empfing sogar einige ausländische Regierungshäupter zu Gesprächen in Moskau, darunter Chirac und Kohl. Im März begab er sich zu einem Gipfel-

treffen mit dem amerikanischen Präsidenten nach Helsinki, wo offen über alle in den Beziehungen zwischen Russland und der westlichen Welt pendenden Fragen diskutiert worden ist. Dabei stellte Jelzin die Haltung Russlands in der Frage der Osterweiterung der NATO klar: Nicht akzeptabel scheint für Russland der Einbezug von an Russland angrenzenden Ländern in die Strukturen der NATO sowie die Stationierung von schweren Waffen auf dem Territorium vormaliger Satellitenstaaten der Sowjetunion zu sein. Im April reiste Jelzin zu einem Gegenbesuch nach Deutschland, wo er in Baden-Baden Bundeskanzler Kohl traf. Neben internationalen Tagesthemen wurde dort über die im Zuge des letzten Krieges in russischen Besitz übergegangenen Beutestücke an deutschen Kunstwerken verhandelt, die von Deutschland zurückgefordert werden. Eine Einigung hierüber ist nicht erzielt worden.

Vermerkwürdig ist, dass sich neuerdings wieder eine Annäherung zwischen Moskau und Peking abzeichnet, wobei zwar bombastische Worte über die Bildung eines der Supermacht Amerika entgegensetzenden «zweiten Blocks» fielen, konkrete Vorstellungen über ein inskünftig wieder engeres *Zusammenspannen zwischen China und Russland* aber nebulös geblieben sind. Die geopolitischen Interessen von China lassen sich kaum mit jenen von Russland in Übereinstimmung bringen, abgesehen von der Sicherung gutnachbarlicher Beziehungen entlang der rund 7500 Kilometer langen Landgrenze in Asien. Zu-



Boris Jelzin bleibt russischer Präsident

Er gewinnt die Stichwahl gegen seinen Rivalen Gennadi Sjaganow. Trotz einer gesundheitlichen Schwächung nach einer schweren Herzoperation mit längerem Spitalaufenthalt entwickelte Jelzin anschliessend wieder eine beeindruckende innen- und aussenpolitische Aktivität.

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

kunftsträchtiger dürften wieder intensivere Handelsbeziehungen sein.

Intern haben sich die chaotischen Verhältnisse in Russland gegenüber den Vorjahren leicht gebessert. Die Inflationsrate ist deutlich gebremst worden, und für 1997 steht erstmals wieder ein bescheidenes Wirtschaftswachstum in Aussicht. Russland ist mit gigantischen Auslandsschulden von mehr als 125 Milliarden Dollar belastet, die es mit den Hauptgläubigern umzuschulden wünscht. Die Weltbank ist zwecks Stützung der Wirtschaftsreformen tatsächlich bereit, neue Kredite in der Höhe von 6 Milliarden zur Verfügung zu stellen. Immer noch bestehen in Russland die berüchtigten Liquiditätsengpässe, weil es mit der Eintreibung der Steuern hapert und der laufende Zahlungsbedarf der Regierung nicht stetsfort über die Notenpresse befriedigt werden kann, wenn nicht die Inflation wieder angeheizt werden soll. Der grössere Teil der Bevölkerung lebt immer noch an oder unter der

Armutsgrenze, während unproduktive Geschäftemacher, zumal aber die Profiteure einer straff organisierten Mafia, in üppigem Reichtum schwelgen. Derweilen warten Abertausende von ratlosen Arbeitern und Angestellten, insbesondere aber die Kumpel in den Kohlenzechen, monatelang auf die ihnen geschuldeten Löhne.

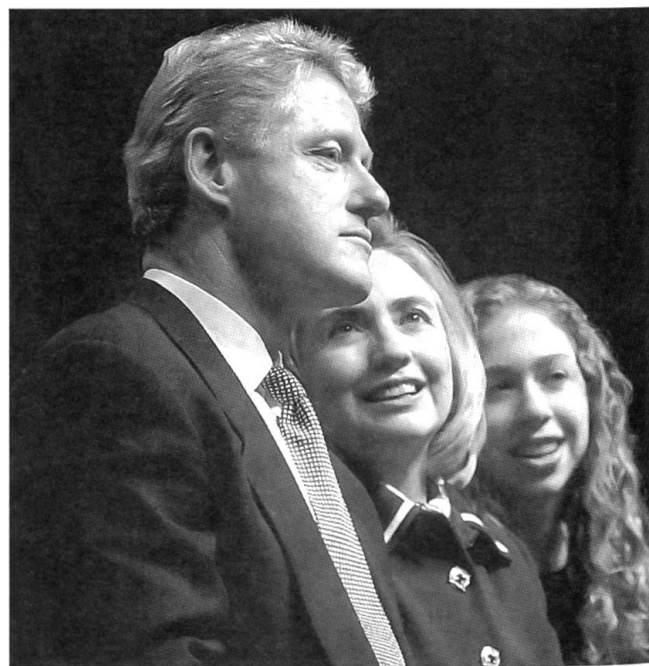
Der Konflikt um *Tschetschenien* ist jetzt auf dem Verhandlungsweg entschärft worden. Die russischen Truppen sind abgezogen worden, und alle Gewalthandlungen scheinen eingestellt zu sein. Die russische Regierung hat sich bereit erklärt, den Tschetschenen ein hohes Mass an Autonomie zuzugestehen; aber sie weigert sich kategorisch, Tschetschenien als völkerrechtlich souveränen, eigenen Staat aus dem Staatsverband der Russischen Föderation zu entlassen. Dieser zentrale Punkt der Forderung der tschetschenischen Aufstandsbewegung versieht freilich die jetzt erreichte Waffenruhe mit mehr als einem Schatten von Unsicherheit für die weitere Zukunft.

Während innerhalb der Russischen Föderation nach wie vor etwelche zentrifugale Tendenzen vorhanden sind, die ihren Bestand bedrohen, geben sich im Verband der aus der Sowjetunion hervorgegangenen GUS paradoxerweise entgegengesetzte politische Strebungen zu erkennen. Der Präsident von *Weissrussland (Belarus)*, Lukaschenko, hat nichts unversucht gelassen, diesen Mitgliedstaat der GUS mit Russland zu vereinigen. Letztlich ist es in Moskau zur Unterzeichnung eines «Unionsvertrags» gekommen. Die Auswirkungen sind jedoch vorderhand noch unklar.

* * *

Auch die *Vereinigten Staaten* standen im Zeichen eines Wahljahrs. Am 5. November wurde Präsident Clinton mit einem Wähleranteil von 49,5% wiedergewählt. Seitens der Republikaner wurde ihm der Führer der Mehrheit im Senat, der 72jährige Bob Dole gegenübergestellt. Als dritter Präsidentschaftskandidat stieg der Milliardär Ross Perot aus Texas ins Rennen, der bereits 1992 eine respektable Zahl von Wählerstimmen auf sich zu ziehen

vermochte. Der Demokrat Clinton wird als Sieger auch in seiner zweiten Amtszeit das Handicap haben, mit einem von der Gegenpartei dominierten Kongress regieren zu müssen. Immerhin dürfte der harte Parteienhickhack jetzt manierlicheren Sitten Platz machen. Die innenpolitischen Verhältnisse in den USA sind stabil, die Konjunkturentwicklung mit rückläufiger Arbeitslosigkeit recht erfreulich, und das vormals horrend angeschwollene Defizit im Staatshaushalt ist stark getrimmt worden. Im traditionellen Bericht des Präsidenten zur Lage der Nation allerdings machte Clinton nur wenige konkrete Angaben über sein Regierungsprogramm. Er sprach in erster Linie von einem verstärkten Einsatz im Kampf gegen die Kriminalität, über eine Konsolidierung des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens, über eine Verbesserung der Umweltbedingungen und über die Notwendigkeit von Reformen im Bereich von Erziehung und Ausbildung. Eher dürftig waren seine Ausführungen



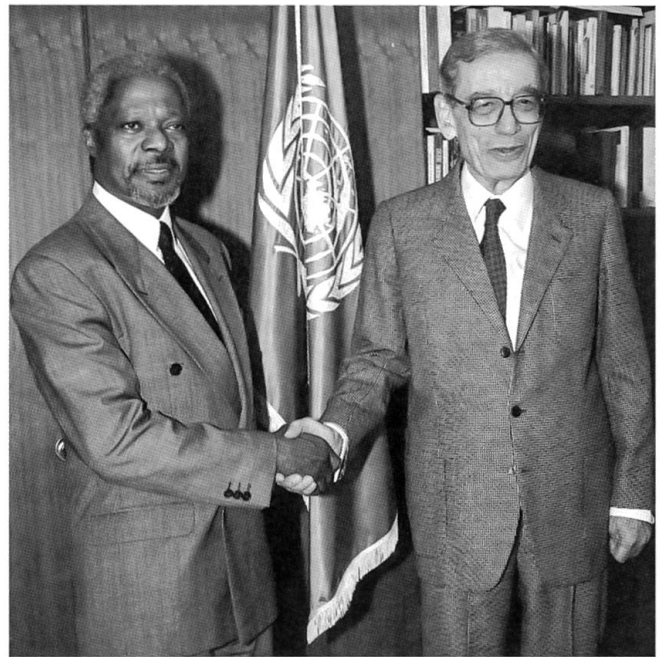
Bill Clinton als Präsident der USA wiedergewählt
Gemeinsam mit Gattin und Tochter freut sich Clinton über seinen Erfolg gegen den republikanischen Herausforderer Bob Dole.

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

hinsichtlich aussenpolitischen Themen. In seiner zweiten Amtszeit wird er zweifellos versuchen, diesbezüglich bestimmter und erfolgreicher zu operieren. Immerhin appellierte er an den Kongress, die peinlich anmutenden Zahlungsausstände der USA gegenüber UNO, Weltbank und Internationalem Währungsfonds endlich zu beseitigen. Etwelche Bedenken erregte aber die Ankündigung einer grösseren Zahl von finanziell aufwendigen Projekten; zumal er gleichzeitig einen Steuerabbau für den Mittelstand in Aussicht stellte.

Zu Beginn der neuen Amtsperiode Clintons hat der bisherige Aussenminister, Staatssekretär Warren Christopher, seinen Rücktritt genommen; er wurde durch die bisherige Vertreterin der USA in den Vereinten Nationen, Madeleine Albright, ersetzt. Diese hatte sich ihrer Aufgabe, für die Nichtwiederwahl des der amerikanischen Regierung missliebigen Generalsekretärs der UNO, Boutros-Ghali, zu sorgen, mit Geschick entledigt; dieser hat am 5. Dezember seine Kandidatur zurückgezogen und in Kofi Annan aus Ghana einen Nachfolger gefunden. Mit der temperamentvollen Mrs. Albright durfte die von Clinton etwas stiefmütterlich behandelte amerikanische Aussenpolitik an den kritischen Nahtstellen der Weltpolitik ihr Ende finden. Unter Christopher war Clintons Aussenpolitik eigentlich nur beeindruckend in *Bosnien-Herzegowina*, wo das Dayton-Abkommen effektiv einen Waffenstillstand zwischen den verfeindeten ethnischen Faktionen zustande gebracht hat. Die Folge der militärischen Intervention war freilich die Entstehung eines künstlich gebastelten Staatesgebildes, in welchem der gegenseitige Hass der betreffenden Völkerschaften sich jederzeit wieder entflammen kann!

Diesem pragmatischen Erfolg in Europa stehen andererseits schwere Rückschläge im *Nahen Osten* gegenüber. Die langjährigen Bemühungen der amerikanischen Diplomatie zur Aussöhnung von Juden und Arabern in Palästina sind aufgrund der provokativen Siedlungspolitik der Regierung Netanyahu in Israel wohl gescheitert. Die «Erbfeindschaft» nimmt mit gegenseitiger Gewalttätigkeit wie-



Neuer Generalsekretär der UNO

Der Ghanese Kofi Annan (links) wird Nachfolger von Boutros Boutros-Ghali, der den Amerikanern in diesem Amt nicht mehr genehm war.

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

der ihren verhängnisvollen Verlauf. Dazu kommt, dass im *Mittleren Osten* Krisenentwicklungen zu gewärtigen sind, die jederzeit eskalieren können. Saddam Hussein war besiegt, aber nicht ausgeschaltet worden. Gespannt geblieben ist auch das Verhältnis zu Iran. Aber auch unter Clinton ist die entschlossene Konfrontation und Eindämmung jeder Form von Staatsterrorismus und die Forderung der Respektierung der Menschenrechte programmatische Richtlinie der amerikanischen Aussenpolitik geblieben.

Immerhin hat Vizepräsident Gore im Kielwasser der neuen Staatssekretärin nach dem Tod von Deng Xia-Ping Peking einen Besuch abgestattet, so dass nun ein Treffen Clintons mit der chinesischen Führung in der Luft liegt. Die ambivalenten Beziehungen zu *China* stehen vor einer gewissen Normalisierung. Auch die Beziehungen zu *Japan* werden von Clinton pfleglich behandelt. Eine amerikafeindliche Aufwallung auf Okinawa gegen die dort unterhaltenen amerikanischen Militärbasen

führte zu einer Ausdünnung der amerikanischen Präsenz und zu einem neuen, Japan entgegenkommenden Vertrag.

Neuerdings auf Schwierigkeiten stiess die von jeher gerne mit dem aussenpolitischen Kurs gekoppelte amerikanische Aussenhandelspolitik, die sich immer wieder der Druckmittel von Embargos und Boykott bis hin zu einem ausgewachsenen Handelskrieg bedient. Solche Massnahmen sind heute geeignet, die USA in Konflikt mit der an die Stelle des GATT-Abkommens getretenen Welthandelsorganisation (WTO) zu bringen, welche Streitigkeiten im internationalen Handel strikte auf den Verhandlungs- und Schlichtungsweg verweist. Ein Paradebeispiel amerikanischer Unbekümmertheit bot im vergangenen Jahr eine *Auseinandersetzung zwischen den USA und der EU*, die sich auf die Präsenz europäischer Unternehmen in dem von den Amerikanern boykottierten *Kuba* bezog. Ein neues, schärferes Sanktionengesetz, das auch auf andere als amerikanische Unternehmen anwendbar hätte sein sollen, ist in extremis von Clinton aufgeschoben worden, während die EU die angedrohte Klage gegen die USA bei der WTO vorläufig einmal schubladisiert hat. Gerechterweise muss aber auch gesagt werden, dass die Amerikaner oft spontan bereit sind, bei einer existentiellen Notlage in einem von Wirtschaftssanktionen betroffenen Land humanitäre Hilfe zu leisten und Konzessionen zu machen. So wurde gegenüber Irak dem Embargo zum Trotz der Export einer begrenzten Menge von Erdöl gestattet, um den Ankauf und Import von lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und pharmazeutischen Produkten zugunsten der Bevölkerung zu ermöglichen. Und auch im Fall des von Hungersnot betroffenen Nordkorea wurde Hand geboten zur Lieferung von Lebensmitteln.

* * *

In der *Europäischen Union* rücken die in den Verträgen von Maastricht festgelegten Beschlüsse betreffend die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Integration im zeitlichen Horizont nun stark in

den Vordergrund. Es handelt sich einerseits um institutionelle Reformen, die zu einer stärkeren Kohärenz der EU führen sollen; inbegriffen ist die Grundlegung einer gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik. Andererseits geht es um die Schaffung einer europäischen Währungsunion mit Ablösung der nationalen Währungen durch eine «Euro» genannte, einheitliche Valuta bis zu Beginn des Jahres 2002. Die Teilnehmer an dieser Währungsunion müssen, damit der gemeinsamen Währung Vertrauenswürdigkeit und Wertbeständigkeit verliehen wird, in ihrer nationalen wirtschafts- und finanzpolitischen Gebarung einige strenge Minimalbedingungen (sog. Konvergenzkriterien) erfüllen. Dazu gehört eine Begrenzung des Defizits im Staatshaushalt auf höchstens 3% des Bruttoinlandprodukts, eine Staatsverschuldung von nicht mehr als 60%, eine Inflationsrate von maximal 2,8% und eine obere Grenze der Zinssätze sowie der Teuerungsrate bei den Verbraucherpreisen. Aufgrund dieser Kriterien soll 1998 entschieden werden, welche Länder der EU ab 1. Januar 2002 an der gemeinsamen Währung partizipieren und welche anderen allenfalls nicht von Anfang an dabei sein können. Die Erfordernisse der Preisstabilität und der Zinssätze erscheinen als unproblematisch. Zum Teil grosse Schwierigkeiten machen hingegen die öffentlichen Finanzen, weil in den meisten Ländern der EU die Haushaltsdefizite und die Staatsverschuldung heute noch deutlich über dem Schwellenwert liegen.

In allen EU-Ländern war die Innenpolitik im weitesten Sinn stark geprägt von den Anstrengungen, die einschlägigen Grössen ins Lot zu bringen. Dies erwies sich als um so schwieriger, als gleichzeitig einer nun schon mehrjährigen Konjunkturflaute entgegengetreten werden muss. *Italien, Spanien, Portugal und Griechenland* haben sämtliche Konvergenzkriterien bis anhin nicht erfüllt, und einige andere EU-Länder riskieren ebenfalls vor der Tür stehen zu bleiben, weil eines oder mehrere der Kriterien verfehlt werden dürften. Sogar *Deutschland und Frankreich* bekunden in bezug auf ihr Haushaltsdefizit Mühe, das



Machtwechsel in Israel

Der konservative Likudchef Benjamin Netanyahu wird an Stelle von Shimon Peres knapp zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Die Friedenshoffnungen in Nahost sind dadurch wieder gesunken.

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

Ziel rechtzeitig zu erreichen. Es kann unter diesen Umständen nicht überraschen, dass harte interne Auseinandersetzungen in beiden Ländern die Folge sind, müssen doch vor allem auch die Soziallasten vermindert werden. Es wird jetzt damit gerechnet, dass beim Start zum «Euro» höchstens fünf EU-Länder dabei sein werden. Nicht zufällig wird denn auch gegenwärtig da und dort von einer Verschiebung des Stichdatums gesprochen, ja sogar die Herabsetzung der Schwellenwerte vorgeschlagen. Die erstere Variante hätte nur gewisse psychologische Nachteile, während allerdings die letztere Variante zu schwersten Bedenken Anlass gäbe, weil in diesem Fall das Vertrauen in die garantierte Solidität des «Euro» schon zu Beginn lädiert würde.

In *Frankreich* hat Präsident Chirac mit Premierminister Alain Juppé als treuem Weggefährten das Jahr besser überstanden, als die Turbulenzen vor Jahresfrist befürchten liessen. Chirac hat innenpolitisch das Rampenlicht möglichst gemieden und dafür Juppé der unvermeidlichen Kritik die Stirn bieten lassen. Unzufriedenheit bewirkte vor allem die anhaltende Rezession mit einer unvergleichlich hohen Zahl von Arbeitslosen (12,8%). Aber emotionell im Vordergrund stehen die Probleme im Zusammenhang mit der Anwesenheit einer grossen Zahl von nicht assimilierbaren Ausländern, die aus Algerien und den ehemaligen Kolonien in Afrika legal oder illegal in die Metropole geströmt sind. In den Ballungsgebieten der Einwanderung macht sich wegen der fremden Religion und Rassen sowie ganz anderer Lebensformen eine immer prononciertere Fremdenfeindlichkeit der eingesessenen Bevölkerung bemerkbar. Dazu kommt, dass die grausamen Exzesse der islamischen Fundamentalisten in Algerien auch die Beziehungen unter den vielen Exilanten aus Nordafrika vergiften. Diese Entwicklung führt dazu, dass der von Jean-Marie Le Pen angeführte rechts-extreme Front national (FN) gebietsweise einen wachsenden Zulauf erhält und nachgerade einen Machtfaktor darstellt, mit welchem zu rechnen ist. Die Regierung sucht demzufolge die Ausländerpolitik mit entsprechenden politischen Praktiken und Gesetzesänderungen zu verschärfen. Im Berichtsjahr ist es wiederum zu einer Reihe von politisch motivierten Attentaten gekommen, deren Urhebererschaft nicht nur bei islamischen Fanatikern zu orten ist; so sind auch korsische Nationalisten seit Herbst 1996 wieder auf dem separatistischen Kriegspfad und verüben vorzüglicherweise Anschläge auf öffentliche Gebäude, jetzt auch auf dem Festland.

In der Aussenpolitik hielt Chirac am koordinierten europäischen Zweigespann mit Deutschland fest. Er arbeitet zielstrebig auf die Verwirklichung des Maastrichter Programms der EU und mithin der Währungsunion hin. Hinderlich ist die jederzeit sprungbereite soziale Unrast, die sich auch in diesem Jahr wie-

der in störenden Streikhandlungen niedergeschlagen hat. Abgesehen von der indiskutablen Hinwendung zur EU erscheint Chiracs Aussenpolitik stark exportorientiert und weniger prestigebewusst als diejenige seiner Amtsvorgänger. Es sind ostentativ freundliche Beziehungen zu *China* und der Versuch, im Nahen Osten den früher grossen Einfluss Frankreichs wieder zurückzugewinnen, zu signalisieren. Wenig erfolgreich erwies sich die französische Politik in Afrika. Viel zu lange hatte Paris in *Zaire* auf eine Klientelschaft von Mobutu gesetzt; in den Bürgerkriegswirren ist mittlerweile der französische Einfluss durch denjenigen der Angelsachsen abgelöst worden. Und im benachbarten *Ruanda* wurde ebenfalls auf das falsche Pferd gesetzt.

Mit seiner Ankündigung, die eigentlich erst 1998 fälligen Parlamentswahlen auf den 25. Mai bzw. 1. Juni 1997 vorzuziehen, hat sich Chirac auf ein kühnes, aber riskantes Spiel eingelassen, weist doch die Popularitätskurve sowohl des Präsidenten wie auch von Premier Juppé nach unten. Es scheint, dass

Chirac einerseits ein frühzeitiges Plebiszit über seine Europa-Politik und andererseits über ein längst nötig gewordenes, umfassendes Programm von internen Reformen veranstalten wollte, um dann während den restlichen fünf Jahren seines Septennats freie Hand zu haben. Der Ausgang dieser Wahlen kann historische Bedeutung haben.

In *Deutschland* klaffen die Einnahmen und Ausgaben im Bundeshaushalt so stark auseinander, dass Finanzminister Waigel sich veranlasst gesehen hat, schon im ersten Quartal 1996 eine Ausgabensperre zu dekretieren. Es wäre in der Tat eine üble Ironie, wenn ausgerechnet Deutschland unter Bundeskanzler Kohl, der als der eifrigste Promotor der gemeinsamen Währung in Europa gilt, die Minimalbedingungen der Teilnahme am «Euro» verfehlen würde! Die offizielle Losung der Regierung ist deshalb ein hartes Sparen mit fiskal- und sozialpolitischen Einschränkungen, ohne allerdings die Arbeitslosigkeit (über 10%) noch in die Höhe zu treiben. Das Sanierungsprogramm der Regierung führte zu vehe-

menten politischen Auseinandersetzungen mit der Opposition. Am 15. Juni kam es zu einer Massendemonstration der Gewerkschaften, die weit über 300 000 Protestierende nach Bonn brachte. Der Versuch, mit SPD und Gewerkschaften zu einem Kompromiss zu gelangen, ist im April 1997 schliesslich ergebnislos abgebrochen worden.

Derweilen waren Hiobsbotschaften aus der Wirtschaft zu vernehmen: Daimler-Benz musste für das Geschäftsjahr 1995 einen Riesenverlust von ca. 6 Milliarden DM aus-



Tägliche Grossdemonstrationen

In vielen Städten Serbiens, so auch in Belgrad, finden während vielen Wochen tägliche Demonstrationen gegen den Wahlbetrug des Regimes Milosevics statt.

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

weisen, und der bedeutende Schiffsbaukonzern Vulkan AG in Bremen ist pleite gegangen. Die aus der DDR geerbten, komplexen Probleme sind noch nicht vollständig gelöst; aber es sind deutliche Anzeichen eines Ausgleichs des enormen Wohlstandsgefälles zwischen den alten und den neuen Bundesländern auszumachen. Wie Frankreich muss sich auch Deutschland mit einem gesellschaftlich stark belastenden Ausländerproblem herumschlagen, das durch die Anwesenheit einer Legion von Asylanten aus aller Herren Ländern verstärkt wird. In dem grössten internationalen Aufsehen erregenden sog. Mykonos-Prozess haben deutsche Richter in ihrem im April gefällten Urteil erkannt, dass die Ermordung von vier kurdischen Politikern 1992 in einem Berliner Lokal von den Tätern im Auftrag höchster Würdenträger des Iran geschehen ist, nämlich auf Anstiftung von Staatspräsident Rafsandschani und des Ajatollahs Chameini. Die Beziehungen zu *Iran* sind deshalb auf dem Nullpunkt angelangt. Auch gegenüber *China* sind die Beziehungen Deutschlands getrübt, nachdem Aussenminister Kinkel vor der Menschenrechtskommission der UNO die Volksrepublik der Verletzung der Menschenrechte bezichtigt hat. Hingegen haben die seit dem Zweiten Weltkrieg gestörten Beziehungen zu *Prag* plötzlich eine Wende zum Besseren erfahren. Die gegenseitigen Anschuldigungen aus jener Zeit konnten durch ehrliche Gesten der Versöhnung ausgeräumt werden. Die Wiederannäherung wurde bekräftigt durch eine entsprechende Rede des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel in Bonn und durch eine eindrucksvolle Rede des deutschen Bundespräsidenten Herzog vor den tschechischen Abgeordneten im feierlichen Königssaal des Hradschin in Prag. Zu gegenseitigen Entschädigungen für die im und nach dem letzten Krieg zwischen Deutschen und Tschechen begangenen Missetaten, darunter die brutale Ausweisung von über 3 Millionen Sudeten-deutschen aus der Tschechoslowakei 1945/46, wird es allerdings nicht kommen.

In *Italien* hat sich die unter dem parteilosen Bologneser Wirtschaftsprofessor Romano Pro-

di zusammengeschusterte Mitte-Links-Koalition unter dem Etikett «Uliva» (Olivenbaum) halten können. In seiner Regierungserklärung vom 22. Mai 1996 stellte Ministerpräsident Prodi als Schwerpunkte des Regierungsprogramms die Dezentralisierung Italiens, den Kampf gegen Mafia und Korruption, eine Reform des Erziehungswesens und die Sanierung der Wirtschaft dar. Die institutionellen Reformen sind allerdings über Ansätze nicht weit hinausgekommen, und die Prozesse gegen korrupte frühere Regierungsmitglieder und Parteigrößen ebenso wie die Strafverfahren gegen Mafiosi, die sich Gewaltdelikte haben zuschulden kommen lassen, ziehen sich unterschiedlich langsam dahin. Am beeindruckendsten sind Fortschritte auf dem Gebiet der Sanierung der Wirtschaft und Finanzen; das Damoklesschwert der Konvergenzkriterien für die Währungsunion treibt die Regierung an, wobei der Bevölkerung grosse Opfer zugemutet werden. Es ist gelungen, die Zinsen und die Inflation zu dämpfen; aber das Defizit im Staatshaushalt und die italienischen Staatsschulden machen immer noch eine so gut wie hoffnungslose Figur. In diesen Fragen wird Prodi von den Gewerkschaften und von den wieder erstarkten Kommunisten blockiert.

Als weniger gefährlich haben sich die in Norditalien aufgeflackerten Sezessionsbestrebungen der Lega Nord unter ihrem Animator Umberto Bossi erwiesen. Diese Bewegung macht sich die weit verbreitete Empörung über das rücksichtslose Finanzgebaren des Zentralstaats zunutze, der von jeher die reichen und produktiven nördlichen Provinzen Italiens zugunsten des armen und parasitären Südens aussaugt und im übrigen einer skandalösen Verschwendung frönt. Das Ziel der Lega Nord ist die Abspaltung der nördlichen Provinzen und die Gründung einer unabhängigen Republik unter dem Namen «Padanien». Der Versuch Bossis ist allerdings über phantasiervolle Demonstrationen und symbolische Handlungen nicht hinausgekommen. Dass in den Kommunalwahlen vom 27. April die Lega Nord den bisher in Mailand von ihr gestellten Bürgermeister nicht mehr bestätigt sah, ist ein



Machtwechsel in Grossbritannien

Nach achtzehnjähriger Herrschaft der Konservativen gewinnt Tony Blair mit der Labourpartei die Wahlen in England. Beobachtet von seiner Gattin wendet sich der neue Premierminister vor dem Haus Downing Street 10 erstmals an die englische Öffentlichkeit.

(Foto: Keystone Press AG, Zürich)

untrügliches Zeichen dafür, dass die Welle der Popularität der Lega Nord bereits wieder abgeebbt ist. Sie hat es aber wenigstens erreicht, dass der von jeher extrem zentralistische italienische Staat wohl nun mit neuartigen föderativen Strukturen versehen wird.

Erwähnenswert ist noch, dass ein neuer Flüchtlingsstrom aus dem im Frühjahr 1997 von einer chaotischen Staatskrise geschüttelten benachbarten *Albanien* um ein Haar zum Stolpern der Regierung Prodi geführt hätte. Ein Mehrheitsbeschluss für die Teilnahme Italiens an der militärischen Intervention zur Wiederherstellung der Ordnung für die Verteilung von Hilfsgütern in Albanien konnte nur dadurch herbeigeführt werden, dass die Regierungskoalition von Prodi bei der Opposition auf der Rechten (und mithin bei den Neofaschisten) die noch unbedingt benötigten Stimmen rekrutierte. Die multinationale Truppe «Alba» hat keinen polizeilichen Auftrag und noch weniger Kompetenzen als die «Ifor» 1996 in Bosnien. Die Normalisierung der poli-

tischen Verhältnisse im Innern bleibt Sache der Albaner.

Das in *Grossbritannien* herausragende Ereignis waren die endlich auf den 1. Mai 1997 angesetzten Parlamentswahlen. Diese haben zu einem erdrutschartigen Sieg der unter ihrem neuen Leader Tony Blair regenerierten und vom klassenkämpferischen Ballast der Vergangenheit befreiten Labour-Partei geführt. Die Ablösung der seit 18 Jahren an der Macht befindlichen Konservativen war freilich seit längerer Zeit von den Meinungssonden vorausgesagt; aber über-

raschend war das Ausmass ihrer Niederlage: Labour verfügt nunmehr im Unterhaus über 418 Sitze (bisher 273), die Konservativen nur noch über 165 (bisher 340), während die Liberalen mit einer guten Verdoppelung ihrer Sitze (46) einen Achtungserfolg erzielen konnten. Auf diverse kleine Gruppen entfallen 30 Sitze (bisher 26).

Der Parteienwechsel an der Regierungsmacht ist nicht etwa auf Unzufriedenheit über die Wirtschaftslage zurückzuführen, sind doch die relevanten Daten durchwegs positiv. Grossbritannien hat seit den Thatcher-Jahren im Vergleich zu anderen europäischen Ländern deutlich aufgeholt. Es handelt sich vielmehr um ein rein psychologisches Phänomen der Abnützung der bisherigen Regierungspartei, deren Mehrheit seit 1992 im Unterhaus praktisch auf Null zusammengeschmolzen war. Namentlich im Zusammenhang mit der Europa-Politik hatten sich die internen Streitereien belastend ausgewirkt. Labour gelang es unter der neuen Führung, breite Schichten des

Mittelstands hinzuzugewinnen. Damit ist gesagt, dass das sensationelle Wahlergebnis nicht auf dem Enthusiasmus der Wählerschaft fusst, sondern mehr «nur auf Zusehen hin» erfolgte! Die diffusen Erwartungen könnten für die neue Labour-Regierung somit ein Risiko plötzlicher Rückschläge im Wählerverhalten darstellen. Da sich die Konservativen in der Opposition jetzt zunächst unter einem neuen Leader zusammenraufen müssen – John Major ist von der politischen Bühne unverzüglich abgetreten –, kommt dem Labour-Regime Blairs angesichts seiner überwältigenden Mehrheit eine gute Vorgabe von Standfestigkeit während geraumer Zeit zugut.

Eine erste Bewährungsprobe für die neue Regierung wird das nach wie vor ungelöste *Nordirland*-Problem darstellen. Trotz aller Bemühungen der Regierung Major, eine einvernehmliche Lösung mit einem neuen, gewählten Forum in Ulster herbeizuführen, ist 1996 der temporäre Waffenstillstand der IRA wieder durch neue Militanz und Bombenattentate zunichte gemacht worden. Etwelche Ungewissheit verursacht auch der am 1. Juli erfolgende Rückfall der Kronkolonie *Hongkong* an China. Zwar ist 1984 im Abtretungsvertrag seitens der Volksrepublik für Hongkong ein auf 50 Jahre veranschlagter Sonderstatus zugesichert worden; aber während der wirtschaftliche Status quo dieses Territoriums unter chinesischer Souveränität kaum gefährdet sein dürfte, hat *China* bereits im Vorfeld der Machtübernahme zu erkennen gegeben, dass es die heute dort vorhandenen politischen Strukturen, insbesondere hinsichtlich der demokratischen Institutionen und der Freiheitsrechte der Bewohner, nach eigenem Gutdünken zu regeln beabsichtigt. Zudem ist das Schicksal von Hunderttausenden von nach Hongkong geflüchteten Dissidenten aus der Volksrepublik und «Boat people» höchst unsicher.

Blair wird sich auch mit einer Reihe von für Grossbritannien kniffligen Problemen mit und in der *Europäischen Union* auseinandersetzen müssen. Von der Teilnahme an der Währungsunion haben die Tories vorsichtshalber einen

Dispens erwirkt, der den Maastricht-Komplex entschärft. Dennoch ist im Verhältnis zu Brüssel eine atmosphärische Trübung vorhanden. Diese ist namentlich im Zusammenhang mit dem von der EU wegen des Rinderwahnsinns ausgesprochenen Exportverbot für Rinder und Rindfleischprodukte aus britischer Provenienz manifest geworden. Die Bereitschaft der EU, Entschädigungszahlungen an die von den umfangreichen Ausmerzungsaktionen betroffenen britischen Landwirte mitzutragen, sowie im Gegenzug der Widerruf von obstruktiven, britischen Vetos gegen irgendwelche Beschlüsse der EU, die der Einstimmigkeit bedürfen, haben die latent schon länger vorhandenen Disharmonien nicht beseitigt.

Was schliesslich das von negativer Publicity heimgesuchte britische Königshaus betrifft, so scheint mit der abschliessenden Regelung der Ehescheidung von Prinz Charles und Lady Diana nun in dynastischen Fragen wieder Ruhe eingeleitet zu sein. Die von Mitgliedern des Königshauses weitgehend selbst zu verantwortende schamlose Ausbreitung von Konflikten in ihrem Privatleben hat allerdings einen hohen Preis an Prestigeverlust gefordert, indem deren gesellschaftlicher Vorbildcharakter verlorengegangen ist.

* * *

Das Gesamtbild der *Schweiz* ist in wirtschaftlicher Beziehung nicht besser geworden. Die Rezession hat ihren verhängnisvollen Gang fortgesetzt: Mit Ausnahme der fast vernachlässigswerten Inflationsrate (0,8 %), der niedrigen Zinssätze und bemerkenswert gestiegener Börsenkurse sind nur wenige positive Entwicklungen zu sehen. Die Arbeitslosigkeit hat noch einen Schub nach oben erfahren; sie stand im ersten Quartal 1997 bei ca. 5,5 % (Vorjahr: 4,8 %). Insbesondere der Bausektor wurde von einer fortschreitenden Schrumpfung schwer heimgesucht. Das Wirtschaftswachstum stagniert bzw. zeigte für 1996 einen Rückgang um 0,7 %. Nur vereinzelt werden, nach sieben Jahren wirtschaftlicher Schwäche, Prognosen für einen absehbaren Wiederaufschwung der Konjunktur gestellt, wobei dieser von der Aussenwirtschaft ausgehen soll. Für die Exportwirtschaft entlastend

ist die markante Erholung des Dollarkurses und der Umstand, dass der Höhenflug des Frankens (wenigstens zeitweilig) gestoppt werden konnte.

Die Unternehmensführungen überprüfen angesichts der schmerzlichen Folgen der Rezession die Strukturen ihrer Organisation und nehmen auch unorthodoxe Veränderungen vor, um die Rentabilität zu erhalten und der rasch vorangehenden Globalisierung der Märkte erfolgreich begegnen zu können. Den harten Herausforderungen haben vor allem die Grossbanken mit weit ausholenden Restrukturierungen und Rationalisierungen Rechnung getragen und gleichzeitig Rückstellungen in Milliardenbeträgen vorgenommen, um enormen Verlusten aus den Boomjahren rechtzeitig begegnen zu können. Auch in anderen Branchen zeigt der Strukturwandel seine Spuren. Fusionen, Firmenaufkäufe und Geschäftsaufgaben sind an der Tagesordnung. Spektakulär war der Konzentrationsprozess in der Bier- und Getränkebranche (Feldschlösschen), in der Baubranche und bei den Tageszeitungen. Den grössten, überraschenden Zusammenschluss vollführten aber die beiden grossen Basler Chemiekonzerne Sandoz und Ciba-Geigy zur neuen, gemeinsamen Firma Novartis, woraus jetzt der zweitgrösste Pharma-Konzern der Welt entstanden ist. Allerdings ist diese «Elefantenhochzeit» nicht rezessionsbedingt, sondern eine vorausschauende Strategie im Hinblick auf bedeutende Kosteneinsparungen in Forschung und Marketing zum Zwecke einer aussichtsreicheren Positionierung im internationalen Wettbewerb. Auch in der Swissair, die jetzt in tiefroten Zahlen steckt, schrillte die Alarmglocke verschiedentlich. In den Kantonen Genf und Waadt ist nicht verstanden worden, dass die Swissair ihre Langstreckenflüge auf den Flughafen Zürich-Kloten konzentriert, wodurch die Frequenzen auf dem Flughafen Genf-Cointrin empfindlich beschnitten werden.

Lange herrschte die Meinung vor, ein Notprogramm des Staates mit finanziellen Konjunkturspritzen sei nicht vonnöten oder nicht opportun. Im März 1997 sah sich der Bundesrat unter politischem Druck veranlasst, doch ein solches Programm vorzuschlagen: dieses soll vor allem der notleidenden Baubranche helfen. In einer Sondersession Ende April hat das Parlament zwecks gezielter Konjunkturankurbelung ein Ausgabenpa-

ket in der Höhe von 561 Mio. beschlossen, welches ein Investitionsvolumen von 2,4 Milliarden auslösen soll. Bundesrat Villiger sah seine Forderung, diese Sonderaufwendungen des Bundes anderswo zu kompensieren, von den Volksvertretern missachtet. In der Tat sind schon ohnedies Zahlen, die auf einen überzeugenden Sanierungseffekt im Bundeshaushalt hinweisen, noch kaum in Sicht gekommen; vorerst konnte nur die Zunahme von Defiziten und Verschuldung der Eidgenossenschaft gebremst werden. Enttäuschend ist auch die Rechnung der Bundesbahnen geblieben: Für 1996 haben sie ein Defizit von 416 Mio. ausgewiesen, notabene um 10 % besser als im Jahr zuvor, aber bei sinkenden Verkehrserträgen. Nicht unerwartet ist, dass im vergangenen Jahr die AHV zum erstenmal (mit einem Minus von 28 Mio.) in die roten Zahlen abgerutscht ist.

Die politische Szenerie war im Berichtsjahr geprägt von einer grösseren Anzahl von sich schleppend dahinziehenden Pendenzen und Meinungsschwankungen hinsichtlich von Problemlösungen, die für die Zukunft wichtig sind. Ein verlässlicher Konsens kommt nur schwer zustande. Zaudern und Zögern kennzeichnen die politischen Geschäfte auf Bundesebene. Das gilt insbesondere für die Verkehrspolitik und die Energiepolitik, aber auch für die schon seit längerer Zeit in Aussicht genommenen Reformen im Bereich der Verwaltung. Das getreue Abbild dieses Mangels an Entscheidungskraft zeigt sich auch in den Volksabstimmungen. Am 9. Juni ist eine Vorlage zur Regierungsreform mit 60 % Nein daran gescheitert, dass die umstrittene Frage der Bestellung von Staatssekretären unklug gekoppelt worden war mit nicht kontroversen Neuerungen. Immerhin ist im gleichen Urnengang die Verfassungsgrundlage der Direktzahlungen an die Bauern vom Souverän angenommen worden, was für die Landwirtschaftspolitik von grundsätzlicher Bedeutung ist. Am 1. Dezember kam es zur Verwerfung einer SVP-Initiative gegen die illegale Einwanderung (53,7 % Nein), und ein neues Arbeitsgesetz wurde gleichentags abgelehnt (67 % Nein). Am 10. März hatte der Souverän über nicht weniger als fünf verschiedene Vorlagen abzustimmen. Es ging um einen neuen Sprachenartikel in der Bundesverfassung (grosse Zustimmung), um den Kantonswech-

sel der kleinen Gemeinde Vellerat vom Kanton Bern zum Kanton Jura (überwältigende Zustimmung), um die Übertragung der Kontrolle und Abgabe der persönlichen Ausrüstung an die Wehrmänner durch eidgenössische Instanzen statt durch kantonale Zeughäuser (56,2 % Nein), um den Rückkauf von Branntwein-Apparaten durch den Bund (80,8 % Ja) und um die Subvention von Bahnhofparkplätzen durch den Bund (53,9 % Nein).

Nicht zustande gekommen ist ein erfolgreicher Abschluss der bilateralen Verhandlungen mit der EU in Brüssel, welche für eine verbindliche Festlegung einer Anzahl von wichtigen gegenseitigen Beziehungen von grösster Bedeutung geworden sind, nachdem die Schweiz dem EWR nicht beigetreten ist. Die EU besteht darauf, dass sämtliche dieser Vereinbarungen ein Gesamtpaket bilden. Die Verhandlungen über zwei strittige Themen zogen sich länger dahin, namentlich die Erzielung eines Konsenses über den Alpentransit von schwergewichtigen Lastwagen, die nach schweizerischen Wünschen möglichst weitgehend auf den Schienenstrang verwiesen werden sollten, machen die allergrössten Schwierigkeiten. Durch gegenseitige Konzessionen war man sich zwar nähergekommen, aber während die Schweiz eine Transitabgabe von 600 Franken pro Lastwagen verlangte, liessen sich die Vertreter der EU nicht erweichen, dafür mehr als 360 Franken zu offerieren. Im April sind die Verhandlungen vorerst ohne Angabe eines neuen Datums für deren Fortsetzung sistiert worden, so dass auch alle Vertragspunkte, über welche man sich zuvor einig geworden war, in der Schwebe bleiben.

Wie üblich fanden in der Dezembersession der eidg. Räte die Wahlen für den Bundespräsidenten und den Vizepräsidenten sowie für die Ratspräsidenten statt. Zum Bundespräsidenten für 1997 erkürt wurde turnusgemäss Bundesrat Arnold Koller, zum Vizepräsidenten sein Kollege Flavio Cotti. Als neue Ratspräsidentin beliebte Nationalrätin Judith Stamm (CVP, Luzern), als Vizepräsident der Solothurner Ernst Leuenberger (SP). Im Ständerat wurde der Walliser Edouard Delalay (CVP) Ratspräsident, dessen Stellvertreter der Berner Ulrich Zimmerli (SVP). Der Zufall will es, dass das Jahr 1997 im Bund gewissermassen ein



Italienischer Staatsbesuch in Bern

Der italienische Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro wird von Bundespräsident Delamuraz (rechts) und Aussenminister Cotti (links) sozusagen im Gleichschritt zum Staatsempfang geleitet.

(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

«CVP-Jahr» ist, indem alle drei Ratspräsidenten auf Grund der Turnus-Regel diesmal dieser Partei angehören, zu allem Überflus der Vizepräsident des Bundesrats gerade auch noch!

Die Ehre des offiziellen Staatsbesuchs fiel am 11. September dem italienischen Staatspräsidenten O. L. Scalfaro zu. Nächster Generalstabchef wird, nachdem der gegenwärtige Inhaber dieser hohen Armee-funktion, Arthur Lienert, auf Jahresende 1997 seinen Rücktritt nimmt, der bisherige Kommandant der Felddivision 7, Hans-Ulrich Scherrer, mit Beförderung zum Korpskommandanten. Am 24. April ist der Nuntius, diplomatischer Vertreter des Vatikans, Erzbischof Rauber, von Bern abberufen und nach Budapest versetzt worden; er hatte

sich vergeblich bemüht, im Konflikt um den Bischof von Chur, Haas, zu vermitteln.

* * *

In neuerer Zeit nimmt auch für einen neutralen Kleinstaat wie die Schweiz die Aussenpolitik an Bedeutung immer mehr zu, weil die internationale Vernetzung aller Verhältnisse und Beziehungen fast zur Regel geworden ist. Das Bewusstsein dieser Tatsache hinkt allerdings in der Öffentlichkeit noch deutlich hintennach. Isolationistische Haltungen haben in grossen Teilen der Bevölkerung überlebt. Das Bild des nach allen Seiten stachligen Igels und überkommene nationale Mythen prägen eben immer noch ein antiquiertes Selbstverständnis. Eine Änderung dieser Haltung ist nur langsam zu erwarten, weil die wehrhafte Existenz und Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft inmitten von mächtigen Dynastien und Nationalstaaten jahrhundertlang oberstes politisches Gebot gewesen war. Aber heute ist eben die aktive Solidarität mit der Mit- und Umwelt auch für die legendäre Alpenrepublik wichtiger geworden. Es ist die unvermeidliche Akzentverschiebung dieser Art, die fallweise zu schockartigen psychologischen Erschütterungen des tief verwurzelten helvetischen Identitätsbewusstseins führt.

Die Geister der Vergangenheit haben – fünfzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg – die damals von Krieg und Besetzung verschonte Schweiz heute plötzlich heimgesucht. Begleitet von einer Tirade von Anschuldigungen und Beschimpfungen haben offizielle Exponenten des Jüdischen Weltkongresses (WJC) und der Jewish Agency von New York aus die Schweizer Bankenwelt, die Regierung, die Politiker und die weitere Öffentlichkeit aufgeschreckt. Die Schweiz wurde beschuldigt, sich an jüdischen Fluchtgeldern bzw. durch die Entgegennahme von deutschem Raubgold in der Nazizeit schamlos bereichert zu haben. Unter Berufung auf Gerechtigkeit wurde die Rückerstattung von angeblich Milliarden in der Schweiz liegenden Vermögenswerten von in den Vernichtungslagern der Nazis ermordeten Juden gefordert. Diese Forderung wurde sekundiert von Boykottandrohungen gegen die schweizerischen Banken, die auf den Finanzplätzen von New York und London mit einem grossen Geschäftsvolumen tätig sind.



Expertenkommission eingesetzt

Vom Bundesrat wurde der Wirtschaftshistoriker Professor Jean-François Bergier (im Vordergrund anlässlich der ersten Sitzung) zum Leiter der Expertenkommission bestimmt, die in den nächsten Jahren die Rolle der Schweiz und ihres Finanzplatzes seit dem Zweiten Weltkrieg aufarbeiten soll.

(Foto: Hansueli Trachsel, Bern)

Zunächst herrschte in der Schweiz der Eindruck, von einem organisierten Erpressungsversuch in die Enge getrieben zu werden, dem entschiedener Widerstand entgegenzusetzen sei. Dann aber nahm eine besonnenere Reaktion überhand, und man beflissigte sich zuzugeben, dass in der Zeit, als die Schweiz von den Achsenmächten vollständig eingeschlossen war, nicht alles so moralisch lupenrein gewesen war, wie man sich das gerne einredete. Namentlich wiegt das Zugeständnis an Deutschland, die Pässe von Juden mit einem besonderen Erkennungszeichen zu stempeln, sowie die Abweisung von 30 000 von den Nazis mit der Vernichtung in Konzentrationslagern bedrohten Flüchtlingen an der Grenze schwer.

Andererseits sind allerdings auch Zehntausende von in Hitler-Deutschland Verfolgten dank ihrer Aufnahme in der Schweiz oder der ermöglichten Durchreise vor dem sicheren Tod gerettet worden.

Die durch die Angriffe ausgelöste Gewissensforschung führte zur Bestellung einer Kommission, welcher offiziell aufgetragen worden ist, die fragliche Vergangenheit historisch abzuklären und namentlich die damaligen Aussenbeziehungen der Schweiz im politischen und wirtschaftlichen Bereich zu untersuchen. Parallel zu derartigen Aktionen einer systematischen Vergangenheitsbewältigung wurde von den Banken und von der Industrie ein privater Fonds geschaffen, aus welchem Holocaust-Opfern geholfen werden soll. Die Krönung dieser Bemühungen bildete ein am 5. März vor der Vereinigten Bundesversammlung durch Bundespräsident Koller überraschend gemachter Vorschlag, aus auf den heutigen Marktpreis aufzuwertenden Goldreserven der Nationalbank eine Stiftung mit 7 Milliarden Franken zu äufnen, welche in Wertpapieren angelegt werden sollen, um aus deren Ertrag etwa 350 Millionen jährlich zur Linderung von Not im In- und Ausland zu verwenden. Der bundesrätliche Vorschlag einer Stiftung fand in politischen Kreisen eine gute Resonanz, wird aber von der SVP und einigen Randgruppen mit dem Argument bekämpft, die Schweiz habe keine Veranlassung zu Schuldeingeständnissen mit finanziellen Folgen. Zum Wortführer der Gegnerschaft schwang sich der streitbare Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher auf. Eine Volksabstimmung mit unsicherem Ausgang ist zu erwarten.

Der Konflikt hat inzwischen eine Weiterung insofern erfahren, als er auch eine Trübung des von jeher besonders guten Verhältnisses zwischen der Schweiz und den USA bewirkt hat. Ein von Präsident Clinton in Auftrag gegebener «Bericht Eizenstat», der am 7. Mai in Washington veröffentlicht worden ist, hat sich mit den Beziehungen der Schweiz zum Deutschen Reich bis 1945 befasst und besagt u. a., die schweizerische Industrie habe bis zum Herbst 1944 für 600 Millionen Waffen und Kriegsmaterial an Deutschland geliefert und die Nationalbank sei der wichtigste Abnehmer von deutschem Raubgold gewesen. Dadurch habe die Schweiz dazu beigetragen, «einen der blutig-

sten Konflikte der Geschichte zu verlängern». Auch habe die Schweiz nach 1945 lügenhafte Angaben gemacht, um das Raubgold behalten zu können.

Nicht oder nur beiläufig angerechnet wird bei allen moralischen Vorwürfen gegenüber der in der fraglichen Zeit allseits von den Achsenmächten eingeschlossenen Schweiz ihre existenzielle Zwangslage. Sie hätte wirtschaftlich – wie andere Neutrale – nicht überleben können ohne gewisse Handelskonzessionen. Diese waren für jedermann das geringere Übel; bei einem militärischen Übergriff Hitlers auf die Schweiz und einer auch nur teilweisen Besetzung (ausserhalb des Alpenréduits) wären neben der eigenen Bevölkerung auch Zehntausende von Ausländern, Flüchtlingen und Internierten den Häschern der Nazis in die Hände gefallen, darunter nota bene auch alle Juden! Was die beanstandeten Goldkäufe anbelangt, so hat die Schweiz nach dem Krieg diesbezüglich mit den Alliierten einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge als Kompensation für die von den Deutschen in besetzten Ländern sequestrierten Bestände an Goldreserven, die mit dem Stempel der Reichsbank versehen in die Schweiz gelangt waren, mit 250 Mio. abgegolten wurden. Die auf Bankkonten deponierten Fluchtgelder sind pflichtgemäss zurückbezahlt worden, wenn immer der Nachweis der Identität von Berechtigten erbracht werden konnte. Herrenlose Vermögen – im Gegensatz zu den gesetzlichen Usanzen in anderen Ländern – sind bis zum heutigen Tag unter Äufnung der Zinsen getreulich aufbewahrt worden. Die erwiesene Zuverlässigkeit der Depotbanken dürfte übrigens ein Hauptgrund sein, warum in der Zeit der schlimmsten Verdächtigungen und Beschimpfungen aus New York die Börsenkurse der Schweizer Grossbanken nach nur leichtem Nachgeben überraschend stark gestiegen sind!

* * *

Im *Kanton Bern* hat sich 1996 bestätigt, dass sich die Regierung zunehmend mit langfristigen, strategischen Fragen sowie mit dem Problem der Staats- und Verwaltungsführung befassen muss. In fünf weiteren Pilotprojekten soll überprüft werden, wie eine wirkungsorientierte Verwaltung organisiert werden könnte. In diesem Zusammenhang

sind auch die im Grossen Rat und vorher im Regierungsrat geführten Diskussionen über die kantonalen öffentlichen Unternehmen zu stellen. Es ging dabei um die Frage von sachgerechten Strategien der BKW Energie AG und der Alpenbahn-Gesellschaft BLS in einem sich rasch verändernden nationalen und internationalen Umfeld. Am 12. September hat der Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates das Gesetz zur Änderung der Berner Kantonalbank in eine Aktiengesellschaft verabschiedet. Die Umwandlung in eine AG soll ihre Handlungsfähigkeit im Bankenmarkt verbessern. Private können wohl Aktien kaufen; die absolute Mehrheit des Aktienkapitals bleibt jedoch beim Kanton. Das Sorgenkind BEDAG hat die Behörden auch 1996 mehr als gewünscht beschäftigt. Nebst dem wenig erfreulichen finanziellen Resultat hat auch die aussergewöhnlich hohe Zahl von Personalabgängen auf den verschiedensten Hierarchiestufen beunruhigt. Teilprivatisierung oder gar Teilverkauf sind ins Auge gefasst worden.

Im Grossen Rat wurde in der November-Session eine neu vorgelegte Organisation der Spitalversorgung mit der Bezeichnung «Modell Partnerschaft» mit grossem Mehr gutgeheissen. Daraufhin wurde die vom Verband bernischer Krankenhäuser im Herbst 1995 eingereichte Spitalinitiative zurückgezogen. Schnell und wirkungsvoll funktionierte die mit Bundes- und Kantonsgeldern finanzierte Auszahlung von Verbilligungsbeiträgen für Krankenkassenprämien von schwach situierten Bevölkerungskreisen.

Im Frühjahr wurde die S-Bahn-Station Ausserholligen eröffnet, im Herbst der Richtplan Entwicklungsschwerpunkt (ESP) Wankdorf genehmigt. Der Kanton Bern führte während des ganzen Jahres einen harten Kampf für die NEAT am Lötschberg, dies zusammen mit den Westschweizer Kantonen. Die Regierung setzte sich vehement für eine Beschleunigung von Planung und Bau der Nationalstrasse A 16 Transjurane sowie der A 5 Biel-Solothurn ein. 1996 konnte die Grauholzstrecke der Autobahn A 1 durchgehend sechsspurig befahren werden. Auch 1996 hat die Zahl der Arbeitslosen wiederum zugenommen. Verstärkte Wirtschaftsförderung, bessere Rahmenbedingungen für die bernische Wirtschaft, Ausbau der

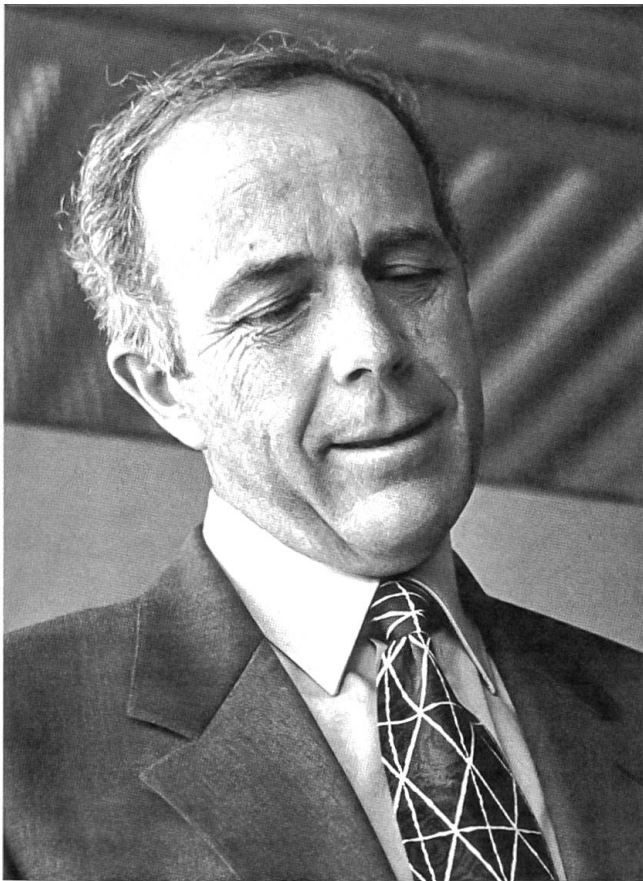
regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV), Weiterausbau der Beschäftigungsprogramme sowie der Bildungsmassnahmen sind beschlossen worden.

Die Auswirkungen im Rahmen der neuen «Agrarpolitik 2002», Liberalisierung der Märkte und gleichzeitig verschärfte Umweltvorschriften sind für die Landwirtschaft bereits spürbar und verlangten bei vielen Betrieben Strukturveränderungen. Ein neues kantonales Landwirtschaftsgesetz und ein neues Waldgesetz, die den neuen Rahmenbedingungen der Landwirtschaftspolitik angepasst sind, wurden vom Grossen Rat verabschiedet. Vom Parlament wurde in der Dezember-Session verlangt, dass im Jahre 2000 eine ausgeglichene Staatsrechnung realisiert werden müsse. Die für eine Sanierung der Staatsfinanzen notwendigen Sparmassnahmen (ohne Steuererhöhungen) sind massiv ausgefallen. Weitere diesbezügliche Beschlüsse sind in Vorbereitung, so z. B. eine starke Herabsetzung der Stellen beim kantonalen Personal, was allerdings weniger durch Entlassungen als durch Nichtwiederbesetzung offener Stellen erfolgen soll.

Die vom Kanton Bern mitgetragene Landesausstellung Expo 2001 erforderte wichtige politische Weichenstellungen. Der Regierungsrat hat auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion einen Beschlussesentwurf «Beitrag des Kantons Bern an die Expo 2001» zuhanden des Grossen Rates verabschiedet. Alle Vorbereitungsarbeiten und Investitionen, wie auch die Ausstellung selbst, werden grossen Teilen des Kantons wichtige wirtschaftliche Impulse und Erträge abwerfen.

Das Regierungspräsidium wechselte von Regierungsrat Dr. H. Lauri (SVP) an Regierungsrätin Elisabeth Zölch (SVP). Christian Kaufmann (CVP) war Grossratspräsident und wurde für 1997 von Roland Seiler (SP) abgelöst. Regierungsrat Hermann Fehr (SP), der auch als Präsident der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz amtierte, gab aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt bekannt. Als Nachfolger wurde inzwischen Samuel Bhend (SP) gewählt.

Zur Chronik der Stadt Bern: An den Stadtratswahlen von 1996 bewarben sich 396 Personen für 80 Parlamentssitze. Gewählt wurden 30 Stadträtinnen und 50 Stadträte. Die bürgerlichen und rechts-



Regierungsrat Samuel Bhend

Zum Nachfolger des zurückgetretenen Hermann Fehr wurde Grossrat Samuel Bhend als neuer Regierungsrat des Kantons Bern gewählt. Er übernimmt von seinem Vorgänger die Gesundheits- und Fürsorgedirektion.

(Foto: Michael Schneeberger, Bern)

stehenden Parteien errangen nur noch 34 Sitze (42,5 %). Sie verloren gegenüber 1992 weiter an Boden (bisher 47,5 %). Die Rot-Grün-Mitte(RGM-)-Parteien bauten ihre Mehrheit auf 46 Sitze (57,5 %) aus.

Bei den Gemeinderatswahlen setzte es eine kleine Sensation ab. Die 1992 neu gewählte Planungs- und Baudirektorin Theres Giger (FDP) wurde bereits wieder abgewählt. Die von vielen Kreisen der Bevölkerung nicht goutierte Entlassung von Tierparkverwalter Müller und die von ihr seinerzeit provozierte Auseinandersetzung bei den Direktionszuteilungen im Gemeinderat – dies hatte 1993 zum sofortigen Rücktritt des damaligen Finanzdirektors Josef Bossart geführt – kosteten

ihr das entscheidende Wählerpotential. Neu gewählt wurden indessen Dr. Claudia Omar (LdU) und Adrian Guggisberg (CVP). Joy Matter kandidierte nicht mehr. Wiedergewählt wurden Dr. Klaus Baumgartner (SP) in seiner Eigenschaft als Stadtpräsident, Therese Frösch (GB), Alfred Neukomm (SP), Ursula Begert (SVP) und Kurt Wasserfallen (FDP).

An verschiedenen Volksabstimmungen wurden wesentliche Kredite für die dringlich gewordene Gesamterneuerung der Kornhausbrücke, die Innensanierung und Neunutzung des Kornhauses, die Neugestaltung des Kornhausplatzes sowie die Sanierung und Erweiterung der Schiessanlage Riedbach bewilligt. Im September wurde unter Polizeischutz der Vorraum der Reitschule geräumt und die von der Gruppe Vorplatz betriebene Bar und der genutzte Raum unbrauchbar gemacht. Landesweit Schlagzeilen machte die Bundeshauptstadt, als die Polizei anlässlich einer Bauerndemonstration durchgriff.

Für die Stadt erfreulich war der Beschluss der Sandoz-Wander-Pharma (Novartis), ihren Sitz in Bern zu erhalten und sogar zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Im März 1996 konnte die neue Sporthalle Wankdorf (Turnerstadion) eröffnet werden. Ende April wurde der sanierte und neugestaltete Bärengraben mit verbessertem Lebensraum für die Wappentiere eingeweiht. Mit dem Inkrafttreten des Finanzierungsdekretes zum kantonalen Gesetz über den öffentlichen Verkehr wurden 1996 erstmals das Angebot und die Investitionen der Städtischen Verkehrsbetriebe durch den Kanton finanziert. Dies brachte der Stadt eine Entlastung um jährlich wiederkehrende 6 bis 7 Mio. Franken.

Hartnäckige Oppositionsgruppen verhinderten bis jetzt mit allen ihnen zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln die Planung «Fussballstadion Wankdorf». Das neu geplante Stadion würde rund 200 Mio. Franken private Investitionen bringen. Im Juni 1997 kommt der Zonenplan Wankdorf endlich zur Volksabstimmung.

Die Schreckensnacht der Brandkatastrophe in der Berner Altstadt bleibt den Bewohnern der Junkerngasse wohl während ihres ganzen Lebens in Erinnerung.

Hans Rudolf Böckli